

# Öffentliche Unternehmen müssen bei PVS bleiben

**Mit einer Auftragserteilung wollte die VU-Landtagsfraktion die kürzlich von der Regierung eingeführte Auflage, welche vorsieht, dass öffentliche Betriebe bei der PVS bleiben müssen, ändern. Sie scheiterte.**

Von Ramona Banzer

*Vaduz.* – Nachdem die Post AG und die AHV bekannt gaben, einen Austritt aus der PVS zu erwägen, fügte die Regierung einen Zusatz in die Eignerstrategien der öffentlichen Betriebe hinzu, damit diese nicht aus der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVS) austreten können. Im November-Landtag erklärten VU-Abgeordnete, dass dies ein zu starker Eingriff in das Operative der Unternehmen darstelle. Mehrere FBP-Abgeordnete hielten dagegen.

## **Widerspruch zu LLB-Entscheid**

Gestern verwies Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (VU) darauf, dass die Regierung mit diesem Zusatz gegen die «im August dieses

Jahres getätigten Aussagen verstösst, als sie in ihrer Stellungnahme zur Abänderung der Beteiligungsstrategie der Landesbank betonte, sie gedenke nicht, in die unternehmerischen Entscheide einzugreifen». Lanter-Koller erklärte, den Antragsstellern gehe es nicht darum, ob die öffentlichen Betriebe bei der PVS bleiben oder nicht, «es geht einzig darum, zu verhindern, dass die Regierung in die operative Zuständigkeit der Staatsbetriebe eingreift und in den Eignerstrategien zwingende Vorgaben macht.»

**Ähnliche Handhabung in der Schweiz** Regierungschef Adrian Hasler verteidigte die separate Regelung öffentlicher Unternehmen. Er berief sich auf einen Bericht vom Schweizer Bundesrat: «Eine aktive Steuerung der Personalpolitik ist schon deshalb notwendig, um eine Konkurrenzierung des Bundes durch seine ausgelagerten Einheiten auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern.» Mit zehn Jastimmen wurde dem Antrag der VU nicht zugestimmt. Damit erfolgt die betriebliche Vorsorge öffentlicher Betriebe weiterhin durch den Anschluss bei der PVS.



**Gegen den PVS-Zwang:** Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller hätte sich einen weniger starken Eingriff durch die Eignerstrategie gewünscht.

Bild Daniel Schwendener